Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

**Nr. 16** **24. April 2014**

aktuell

## Inhalt

dbb-Website jetzt optimiert für mobile Endgeräte+++
Hohe Befristungsrate im Bereich Erziehung - Wildfeuer: Frauen systematisch benachteiligt+++
Neuauflagen der dbb-Broschüren zur Ausbildung im öffentlichen Dienst erscheinen+++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Erneut Warnstreik bei WiBus -„Letzter Warnschuss“ an die Adresse der Arbeitgeber+++
Rettungsdienst Landkreis Barnim GmbH verweigert Tarifverhandlungen+++
dbb berlin begrüßt Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts+++
Wahlaufruf des dbb sachsen-anhalt zur Kommunal- und Europawahl 2014+++
Erneut Streik bei der Rostocker Straßenbahn+++
Forstleute laden zum Tag im Wald ein

## Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

## dbb-Website jetzt optimiert für mobile Endgeräte

**(dbb) Die Homepage des dbb ist ab sofort in optimierter Form auf mobilen Endgeräten lesbar. Wer also zu neuesten Nachrichten und wichtigen Hintergrundinformationen des dbb rund um gewerkschaftspolitische Themen auf seinem Smartphone oder Tablet surfen will, findet diese wie gehabt unter http://www.dbb.de. Angebot und Funktion sind dabei voll auf die Bedürfnisse der Nutzer ausgerichtet.**

Die Vorteile dieses „responsive Design" liegen auf der Hand: Dank der Optimierung ist die Seite nun auf allen mobilen Endgeräten schneller und besser lesbar und übersichtlicher gestaltet. Das Navigieren funktioniert problemlos. Dabei stehen alle Inhalte, die die dbb-Homepage auch auf dem „normalen" Computer bietet, vollends für die mobile Nutzung zur Verfügung.

Der dbb beamtenbund und tarifunion stellt sich den vergangenen Jahren ist die Zahl der Aufrufe seines Internetauftritts von mobilen Geräten rasant gestiegen: Machten im April 2012 die mobile Nutzung der dbb Internetseite per Smartphone noch rund vier und per Tablet rund zwei Prozent der Gesamtaufrufe aus, waren es zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 2014 bereits rund zwölf (Smartphone) beziehungsweise rund acht (Tablet) Prozent – Tendenz weiter steigend.
(01/16/14)

## Hohe Befristungsrate im Bereich Erziehung - Wildfeuer: Frauen systematisch benachteiligt

**(dbb) „In keiner anderen Branche werden häufiger befristete Arbeitsverträge abgeschlossen als im Bereich Erziehung und Unterricht. Das bedeutet eine systematische Benachteiligung von Frauen, die das Gros der Beschäftigten in diesen beiden Berufszweigen bilden." Darauf hat Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 22. April 2014 hingewiesen. „Die Folgen sind unsichere Zukunftsperspektiven, schlechte Aufstiegsmöglichkeiten und ein enormer Leistungsdruck, der zusätzlich neben der hohen beruflichen Verantwortung auf den Beschäftigten lastet", kritisierte Wildfeuer.**

Auch in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung seien weibliche Beschäftigte stets häufiger von Befristung betroffen als Männer. „Das Risiko, nach einer Erziehungspause in prekäre Beschäftigung zu geraten, ist damit für Frauen ungleich höher", stellte Wildfeuer fest. Sie forderte die Bundesregierung deshalb erneut auf, die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung zu beseitigen: „Der öffentliche Dienst muss hier Vorreiter für die Wirtschaft sein. Unbefristete Arbeitsverträge sind ein zentrales Steuerungselement, nicht nur, um den immer dramatischer werdenden Fachkräftemangel abzubremsen, sondern auch im Ringen um eine geschlechtergerechte Arbeitswelt."
Die meisten befristet Beschäftigten arbeiteten im Jahr 2013 in der Branche Erziehung und Unterricht. Dort lag der Befristungsanteil bei 17,2 Prozent. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Bezogen auf die Gesamtwirtschaft lag der Anteil befristet Beschäftigter demnach bei 7,5 Prozent.
(02/16/14)

## Neuauflagen der dbb-Broschüren zur Ausbildung im öffentlichen Dienst erscheinen

**(dbb) Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche junge Menschen eine Ausbildung im öffentlichen Dienst antreten oder in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf übernommen. Die jungen Kolleginnen und Kollegen stehen damit vor dem Eintritt in die Berufswelt und werden dabei mit zahlreichen Anregungen, Informationen und Eindrücken konfrontiert.**

Ob im Tarifbereich oder als Beamte auf Widerruf - gerade zu Beginn dieses neuen Lebensabschnittes ist es als Gewerkschaft wichtig, sich zu präsentieren und dabei Sachkompetenz als gewerkschaftlicher Dienstleister zu zeigen. Der dbb beamtenbund und tarifunion hat desBeide Broschüren bieten vor allem Übersichten zu Rechten und Pflichten der Auszubildenden beziehungsweise Anwärter. Auch über die gewerkschaftliche Arbeit mit und für Auszubildende / Anwärter z.B. in der Jugend- und Auszubildendenvertretung wird informiert. Schließlich widmet sich ein Kapitel der Abschlussprüfung / Laufbahnprüfung sowie Formulierungen in Zeugnissen, die zwar gut klingen, aber durchaus zu Fallstricken werden können.

In den zurückliegenden Jahren sind beide Broschüren auf große Resonanz gestoßen. Deshalb will der dbb auch in diesem Jahr sowohl halb in den vergangenen Jahren für diese neuen Kolleginnen und Kollegen die Broschüren „START – Ausbildung im öffentlichen Dienst" und „START für den Beamtenbereich" herausgebracht.

für den Tarif- als auch für den Beamtenbereich wieder eine aktualisierte Broschüre anbieten und diese kostenlos zur Verfügung stellen. Zur genauen Bestimmung der Auflagenhöhe benötigt der dbb beamtenbund und tarifunion bis zum Freitag, 23. Mai 2014, verbindlich die genaue Höhe der Bestellung (unter Angabe Tarif- oder Beamtenbroschüre). Zu berücksichtigen ist, dass der Besteller die Bruttoversandkosten trägt. Rückfragen bitte per Mail oder telefonisch an den Geschäftsbereich Tarif: tarif@dbb.de bzw. 0 30/40 81-54 00 oder an die dbb jugend: info@dbbj.de bzw. 0 30/40 81-57 51.
(03/16/14)

## *Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften*

### Erneut Warnstreik bei WiBus -„Letzter Warnschuss" an die Adresse der Arbeitgeber

**(dbb) Mit einem erneuten Warnstreik haben Beschäftigte der Wiesbadener Busgesellschaft mbH (WiBus) am 24. April 2014 für starke Beeinträchtigungen des morgendlichen Busverkehrs in der hessischen Landeshauptstadt gesorgt. Vom Betriebsbeginn gegen 4.00 Uhr an bis 12.00 Uhr mittags blieben zahlreiche Busse der von WiBus befahrenen 39 Linien in den Depots. Zu dem befristeten Warnstreik aufgerufen hatte die im dbb beamtenbund und tarifunion organisierte Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG).**

Bereits am 26. März hatten die Beschäftigten mit einem ganztägigen Warnstreik für einen Totalausfall im Busverkehr gesorgt, um so ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, für die Kolleginnen und Kollegen der WiBus gleiche Beschäftigungsbedingungen zu gewährleisten wie für die Fahrer der ESWE Verkehr. Als einen „letzten Warnschuss" an die Adresse der Arbeitgeber bezeichneten die Beschäftigten am Morgen auf einer Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz in Wiesbaden ihre Aktion. „Wir haben uns diesmal auf wenige Stunden Warnstreik beschränkt, auch um den Berufsverkehr nicht zu stark zu treffen", sagte Thomas Gelling, Verhandlungsführer des dbb. „Aber die Frist für die Arbeitgeber läuft ab. Mit deren konzeptionslosen Vorgehen muss Schluss sein. Wenn sie nicht endlich an den Verhandlungstisch zurückkehren und ein vernünftiges Angebot vorlegen, gehen die Streiks weiter", kündigte Gelling an.
Dass seit drei Jahren den Kolleginnen und Kollegen der WiBus Beschäftigungsbedingungen wie den Fahrern der ESWE Verkehr verweigert werden, sei nicht hinnehmbar, unterstrich auch Axel Schad, Bundesvorsitzender der NahVG im dbb, auf der Kundgebung. Es müsse endlich Schluss sein mit der Zwei-Klassen-Gesellschaft im Nahverkehr „Nur der Einsatzbereitschaft und Professionalität unserer Mitglieder ist es zu verdanken, dass das Unternehmen überhaupt noch funktioniert", sagte Schad.
(04/16/14)

### Rettungsdienst Landkreis Barnim GmbH verweigert Tarifverhandlungen

**(dbb) Scharfe Kritik übt der gewerkschaftliche Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion an der Verweigerungshaltung der Rettungsdienst Landkreis Barnim GmbH, Tarifverhandlungen aufzunehmen. Wie bei vielen anderen Rettungsdiensten in Brandenburg hat sich die Mehrheit der Beschäftigten mittlerweile in der komba gewerkschaft unter dem Dach des dbb organisiert und fordert einen neuen Tarifvertrag.**

„Trotz mehrfacher Aufforderung zu Tarifverhandlungen über die künftigen Arbeits- und Bezahlungsbedingungen der mehr als 120 dort Beschäftigten reagiert der Arbeitgeber bislang nicht", berichtete dbb-Verhandlungsführer Sebastian Wiegandt am 23. April 2014. Lediglich den lapidaren Satz, man befinde sich bereits in Tarifverhandlungen mit einer anderen Gewerkschaft, habe man zu hören bekommen, so Wiegandt. „Hier steckt ein Arbeitgeber den Kopf in den Sand und beteiligt uns nicht, obwohl wir mit unserer Fachgewerkschaft komba den Großteil der organisierten Beschäftigten stellen. Wenn die Geschäftsführung der Rettungsdienst Barnim GmbH glaubt, man könne auf stur schalten und die Sache aussitzen, ist sie auf dem Holzweg. Wir werden weiter auf rechtmäßiger Vertretung der Beschäftigten bestehen und hierzu alle uns verfügbaren Mittel einsetzen", kündigte Wiegandt an und warnte die Arbeitgeberseite vor dem Versuch, die Belegschaft spalten zu wollen: „Wir werden verhindern, dass im Landkreis Barnim an den Beschäftigten und ihren Interessen vorbeiverhandelt wird."
(05/16/14)

## dbb berlin begrüßt Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts

**(dbb) Eine Begrenzung des Beihilfeanspruchs für im so genannten Basistarif privat krankenversicherte Beamte und Versorgungsempfänger verstößt gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz. Das hat das Bundesverwaltungsgericht am 17. April 2014 in Leipzig entschieden (BVerwG 5 C 16.13). Der dbb berlin begrüßte die Entscheidung.**

Die Kläger, beihilfeberechtigte Ruhestandsbeamte des Landes Berlin beziehungsweise der Bundesrepublik Deutschland, hatten auf Gewährung von Beihilfe für ärztliche Leistungen geklagt, die überwiegend mit dem 2,3-fachen des Gebührensatzes der Gebührenordnung für Ärzte in Rechnung gestellt worden waren. Die Beihilfestellen hatten aufgrund der im Land Berlin und im Bund identischen Regelungen der Beihilfeverordnungen, die auf das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung Bezug nehmen, nur wesentlich geringere Erhöhungssätze bei den ärztlichen Leistungen abrechnen können.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die erstinstanzlichen Entscheidungen im Ergebnis bestätigt und die Begrenzung der Beihilfegewährung auf die Erhöhungssätze, die für Versicherte im Basistarif der privaten Krankenversicherung gelten, als Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz gewertet. Denn Beamte und deren berücksichtigungsfähige Angehörige, die in Ermangelung einer Alternative im Basistarif versichert sind, würden dadurch ohne sachlichen Rechtfertigungsgrund gegenüber im Regeltarif krankenversicherten Beihilfeberechtigten benachteiligt.
(06/16/14)

## Wahlaufruf des dbb sachsen-anhalt zur Kommunal- und Europawahl 2014

**(dbb) Am 25. Mai 2014 finden in Sachsen-Anhalt Wahlen zum Europäischen Parlament und allgemeine Kommunalwahlen statt. Die Bürgerinnen und Bürger haben an diesem Tag die Möglichkeit mitzubestimmen, wer Mitglied der höchsten Europäischen Volksvertretung und wer Volksvertreter der örtlichen Gemeinschaft wird. Der dbb sachsen-anhalt ruft seine Mitglieder und darüber hinaus alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt auf, an der Kommunalwahl und der Europawahl teilzunehmen.**

Maik Wagner, dbb Landesvorsitzender: „Viele Menschen sind 1989 mit der Forderung nach freien und geheimen Wahlen auf die Straße gegangen. In vielen Ländern der Welt dürfen Menschen noch immer nicht wählen. Wir haben die Freiheit mitzubestimmen bei der

Kommunalwahl und bei der Europawahl. Bitte nutzen sie diese Freiheit!"

Der dbb Landeschef warb für eine hohe Wahlbeteiligung besonders bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Für die Herausforderungen der Europäischen Union gebe es keine einfachen Lösungen. Die Krise in der Ukraine zeige, wie wichtig Europa sei. „Bei aller Kritik an Bürokratie und Zentralismus aus Brüssel hat sich die Europäische Union als ein erfolgreiches Modell des friedlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Nationalität erwiesen", sagte Wagner. Die Europawahl habe auch deshalb eine völlig neue Qualität, weil die Bürgerinnen und Bürger unmittelbarer als bisher erstmals darüber mitentscheiden werden, wer künftig Präsident der Europäischen Kommission sein wird. Wagner: „Sorgen wir gemeinsam mit einer hohen Wahlbeteiligung dafür, dass von der Europawahl ein Aufbruchsignal für ein demokratisches und sozial gerechtes Europa ausgeht."
(07/16/14)

## Erneut Streik bei der Rostocker Straßenbahn

**(dbb) Am 16. April 2014 standen erneut alle Züge bei der Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) still. Auch die Ersatzverkehre funktionierten nicht, teilte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer mit. Die GDL hatte bereits zum sechsten Mal zum Arbeitskampf aufgerufen.**

„Bei der 98-prozentigen Zustimmung zum Streik in der Urabstimmung und der Wirksamkeit der Streiks müsste das Unternehmen eigentlich begriffen haben, dass man den Tarifkonflikt nicht aussitzen kann", so der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. Als neue Eskalationsstufe hatte die RSAG gedroht, die Mitarbeiter zu entlassen und die Schuld der Gewerkschaft zuzuschieben. Sie wolle den Subunternehmervertrag mit der DB Regio AG kündigen. Weselsky bezeichnete dies als „perfides Vorgehen".

„Obwohl die GDL eine moderate und stufenweise Entgelterhöhung zum Niveau der Flächentarifverträge für Lokomotivführer und Zugbegleiter angeboten hat, unterbreitet die RSAG auch weiterhin kein verbessertes Angebot", kritisierte der GDL-Chef und forderte das Unternehmen erneut auf, schnellstens ein akzeptables Angebot vorzulegen und die Fahrgäste nicht weiter in Mitleidenschaft zu ziehen.
(08/16/14)

## Forstleute laden zum Tag im Wald ein

**(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, anlässlich des Internationalen Tag des Baumes am 25. April 2014 einen Tag im Wald zu verbringen.**

„Entdecken Sie die Vielfalt eines Waldbestandes und bestaunen Sie die Arbeit der Forstleute. Sie sorgen dafür, dass die unterschiedlichsten Funktionen des wertvollen Ökosystems erfüllt werden können", heißt es in der Einladung. Entdeckt werden könne auch die Traubeneiche – Baum des Jahres und eine besonders wertvolle Waldpflanze, die den Änderungen des Klimas trotzen kann.

„In Zeiten des Klimawandels ist die Kohlenstoffspeicherung durch den Wald eine überaus wichtige und gesamtgesellschaftlich bedeutende Funktion", so Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. Der Klimawandel setze jedoch andererseits dem Wald als Ökosystem sehr zu. Die Bäume könnten nur begrenzt auf die raschen Klimaveränderungen reagieren. Der Waldumbau, bei dem vor allem Laubbaumarten wie die Traubeneiche verstärkt Verwendung finden, sei daher eine wichtige Aufgabe der Forstleute. „Was zur nachhaltigen Zukunftssorge heute vielfach fehlt, ist eine ausreichende Personalausstattung", kritisierte Jacobs. „Die Qualität forstlichen Wirkens leidet, wenn weniger Personal immer mehr Aufgaben übernehmen muss."

Der Tag des Baumes wurde in Deutschland erstmals am 25. Februar 1952 begangen. Der

Baumfeiertag soll die besondere Bedeutung des Waldes und der Bäume für den Menschen ins öffentliche Bewusstsein rücken.
(09/16/14)

## *Namen und Nachrichten*

(dbb) In der Diskussion zu umstrittenen Personalentscheidungen des baden-württembergischen Ministers für Finanzen und Wirtschaft Nils Schmid hat sich der Landesvorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg und dbb Vize **Volker Stich** zu Wort gemeldet. Die „Bild"-Zeitung (Ausgabe vom 17. April 2014) zitiert Stich mit den Worten: „Das ist die Quittung für die Parteibuch-Wirtschaft unter Grün-Rot. Und die Steuerzahler müssen es jetzt ausbaden." Die Landesregierung solle endlich mehr auf Sachverstand setzen, statt Parteileute zu bedienen. Schmid (SPD) hatte bereits drei Mal in seiner Amtszeit politisches Spitzenpersonal ausgetauscht, das seiner Partei angehörte und das er laut Zeitungsbericht selbst nach Stuttgart geholt hatte, darunter seinen Amtschef und die Kultusministerin.

Der Bundesvorsitzende des BSBD (Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands), **Anton Bachl**, hat zur Teilnahme an der Europawahl am 25. Mai 2014 aufgerufen. „Menschen, ja ganze Völker kämpfen unter Einsatz ihres Lebens für freie Wahlen, Demokratie und offene Grenzen. Wir müssen an den Wahlen nur teilnehmen. Wer trotzdem Vorbehalte gegen die EU hat, sollte einen Soldatenfriedhof besuchen und ein paar Minuten innehalten", erklärte Bachl. Der BSBD beteiligt sich damit an der gemeinsamen Kampagne der Mitgliedsorganisationen im Netzwerk EBD (Europäische Bewegung Deutschland) unter dem Motto „1000 gute Gründe für Europa".

Der Andrang auf Privatschulen nimmt rasant zu: 5.651 Privatschulen (allgemeinbildende und berufliche) hat das Statistische Bundesamt im Schuljahr 2012/13 gezählt - das sind 74,8 Prozent mehr als noch 1992/93. Der Grund für die Entwicklung: „Wenn Privatschulen boomen, ist das vor allem ein Zeichen dafür, dass Eltern mit dem öffentlichen Schulsystem nicht zufrieden sind", zitiert die Westdeutsche Zeitung" (Ausgabe vom 23. April 29014) **Udo Beckmann**, den Vorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE).

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, sieht die Idee regelmäßiger Eltern-Lehrer-Stammtische zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Eltern und Schülern auf der einen und Lehrern auf der anderen Seite eher skeptisch. Laut „Ärzte-Zeitung" (Ausgabe vom 22. April 2014) sagte Meidinger, zwar seien solche Treffen durchaus vorstellbar und es gebe auch einige. „Es gehen aber vor allem die Eltern hin, die bildungsaffin sind und sich auch sonst viel kümmern." Erreicht werden müssten jedoch vor allem Mütter und Väter, die nicht zu einem Stammtisch kommen würden. Er sehe die Gefahr, dass sich die Elternschaft teile in Insider und Außenseiter. Einen regen Informationsaustausch zwischen Lehrern und Eltern befürwortete Meidinger: „Ein Elternteil muss sich zum Beispiel jederzeit per Email an einen Lehrer wenden können."
(10/16/14)